



Breslau, 13. Juni.

Die heutigen Zeitungen bringen uns die Nachricht, daß Se. Majestät der König dem Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, wirklichen geheimen Rath Herrn Dr. v. Merckel, auf sein Ansuchen gestattet habe, in den Ruhestand zu treten. Seit längerer Zeit war das Gerücht hiervon schon im Publikum verbreitet, fand jedoch selbst in den gewöhnlich besser unterrichteten Kreisen keinen Glauben, mindestens gewichtige Bedenken, bis in der letzten Zeit das Zurücktreten dieses hochverdienten Staatsmannes aus dem Dienste sich zur völligen Gewißheit gesteigert hatte, und nur der amtlichen öffentlichen Kundgebung noch entgegengesetzt wurde. Sie ist erfolgt, und in ihr die Gewißheit ausgesprochen, daß Schlesien in seinem greisen, aber noch geisteskräftigen und hochverdienten Oberpräsidenten seinen ersten Beamten verliert, welcher in guten und bösen Tagen, in Freud und Leid dem Staate, und namentlich der Provinz Schlesien beinahe durch 50 Jahre mit seltener Treue, Umsicht und, wo es galt, mit seltener Energie gedient hat. Zuerst als Syndicus der hiesigen Generallandschaft angestellt, konnte Herr v. Merckel diesen Wirkungskreis nach kurzer Zeit für sich nicht mehr angemessen finden. Er trat bei der hiesigen königlichen Kriegs- und Domänenkammer als Rath ein, und er war es, welcher in den Zeiten fremder Zwingherrschaft, als Napoleons eiserner Scepter schwer auf Deutschland drückte, treu seinem Könige, treu seinem Vaterlande, Breslau heimlich verließ, und mit vielen Gefahren sich nach Königsberg in Preußen begab, um hier, vereint mit den großen Geistern der damaligen Zeit, einem Schön und Andern, unter den Augen seines Königs das künftige Werk der Befreiung Preußens vorzubereiten. Und getreu hat er geholfen und gewirkt, und seinen Bestrebungen, seinen Anstrengungen ist ein großer Theil jener Erfolge beizumessen, welche die, der Zeit des Druckes folgenden Jahre verherrlicht hat. Als einer der jüngsten Räte verließ er im Jahre 1806 Breslau, als Vice-Präsident kehrte er im Jahre 1809 von Königsberg hierher zurück. Das Vertrauen seines Königs hatte ihn auf diesen wichtigen Posten berufen. Und stets bis in sein Greisenalter hat er jenes königliche Vertrauen gerechtfertigt, stets bewahrt jenen edlen Sinn und jene Liebe zum Vaterlande, welche ihn seinem königlichen Herrn in den Zeiten der tiefsten Bedrängniß nach Königsberg folgen, und seine Dienste ihm und dem

Vaterlande widmen hieß. Als Vice-Präsident, einige Jahre später als Chef-Präsident der hiesigen königlichen Regierung und vom Jahre 1816 ab als Ober-Präsident der Provinz Schlesien, war er es, der unter allen Verhältnissen, auch den schwierigsten, bis auf die neueste Zeit herab in jenem Geiste handelte, welcher die ewig denkwürdige Epoche Preußens von 1807 bis 1813 bezeichnet. Ein Freund und Hort der Bedrängten, Feind aller und jeder Anmaßung, aller und jeder Uebergrieffe, in welchem Kreise und in welchem Stande sie sich zeigen mochten, ohne Ansehen der Person gerecht gegen Jedermann, vereinigte er in seinem langjährigen und oft viel geprüften Beamtenleben eine vollendete Biederkeit des Charakters und seltene wahre Humanität mit dem Scharfblick eines erfahrenen und seine Stellung in jeder Beziehung erkennenden und ausfüllenden Beamten. Zu allen Zeiten, in allen Verhältnissen ist er sich hierin gleich geblieben. Das Vertrauen seines Königs, die Liebe der ganzen Provinz und alle Derer, die mit ihm in irgend eine Berührung gekommen, ist ihm verblieben durch ein halbes Jahrhundert, sie hat sich gemehrt und gesteigert bis zum heutigen Tage. Als sich Herr v. Merckel im Jahre 1820 aus dem Staatsdienste zurückzog, berief ihn schon im Jahre 1825 sein König abermals auf seinen jetzigen Standpunkt, und ununterbrochen hat er seitdem gewirkt für das Beste des Staates und namentlich der Provinz Schlesien. In ihm verliert Schlesien einen Mann, der alle ihre Verhältnisse, ihre Bedürfnisse, wie ihre Hülfquellen auf das genaueste kannte, zu würdigen und zu beurtheilen, ihre Angelegenheiten zu leiten und unter den schwierigsten Umständen zu regeln wußte. In ihm verliert Schlesien einen Beamten der alten Schule, dessen umfassendes Wissen, Scharfblick und gründliche Kenntniß des Geschäftsganges gewiß nicht leicht zu ersetzen sein werden.

Das Anerkenntniß seiner großen und vielfachen Verdienste ist nicht ausgeblieben. Se. Majestät der König haben ihm den schwarzen Adler-Orden zu verleihen geruht. Nicht minder aber ist das Anerkenntniß erfolgt Seitens der Bewohner Schlesiens und namentlich Breslaus. In den Herzen Aller wird sein Andenken und die innige Liebe, welche das Band war, das die Bewohner der Provinz mit ihrem hochverdienten Oberpräsidenten vereinte, auch dann noch lebendig bleiben, wenn er seine amtliche Wirksamkeit niedergelegt hat. Er

nimmt bei seinem Zurücktreten vom öffentlichen Schauplatz diejenige treue Anhänglichkeit und wahre Hochachtung aller Einwohner Schlesiens mit sich, die nur der genießt, der, wie Herr v. Merckel, ein Mann des Volkes ist.

Inland.

Berlin, 10. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem königl. württembergischen Kammerherrn, Geheimen Legationsrathe, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich großbritannischen Hofe, Freiherrn von Hügel, den Rothen Adlerorden zweiter Klasse; dem königl. württembergischen Ober-Medizinalrathe und Leibarzt Sr. Majestät des Königs von Württemberg, von Hardegg, den Rothen Adlerorden dritter Klasse und dem königl. württembergischen Kammerherrn, Rittmeister und Adjutanten Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen von Württemberg, Freiherrn von Berlichingen, den St. Johannerorden zu verleihen; dem Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien, Wirklichen Geheimen Rath von Merckel, auf sein Ansuchen in den Ruhestand treten zu lassen und das dadurch erledigte Ober-Präsidium dem bisherigen Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen, von Wedell, zu übertragen; ferner den bisherigen Präsidenten der Regierung zu Köln, von Bonin, zum Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen; den bisherigen Regierungs-Vicepräsidenten von Kaumer in Königsberg zum Präsidenten der Regierung in Köln; und anstatt des auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzten bisherigen Präsidenten der Regierung zu Arnberg, Wirklichen Geheimen Raths Kestler, den bisherigen Regierungs-Vicepräsidenten, Grafen von Ikenplig in Posen, zum Präsidenten der Regierung zu Arnberg, zu ernennen; desgleichen dem bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden angestellten Geheimen Kalkulator Mayet den Titel eines Rechnungs Rathes zu verleihen.

Se. königl. Hoheit der Kronprinz von Württemberg ist nach Stuttgart abgereist.

Angekommen: Se. Excellenz der kaiserl. russische General der Infanterie und Minister des kaiserl. Hauses und der Appanagen, Fürst Peter Wolkonski, von St. Petersburg. — Abgereist: Se. Excellenz der Geheime Staatsminister Rother, nach Leipzig. — Der Generalmajor und Commandeur der 2. Garde-Landwehrbrigade, von Stockhausen, nach Poln.-Lissa.

✓ **Berlin, 10. Juni.** Die Angelegenheit der Deutschkatholiken in Hannover, die lange ein Gegenstand unbestimmter Gerüchte und mehrfacher Besorgnisse gewesen, ist jetzt auch durch eine Cabinets-Ordre des Königs von Hannover erledigt worden (s. gestrige Bresl. Ztg. „Hannover, 7. Juni“) und dadurch, wie in Preußen, zu einer vorläufigen Anerkennung ihres status quo gelangt. Während man für Hannover auf schlimmere Maßregeln gerechnet hatte, die man von dem orthodoxen und hierarchischen Protestantismus der englischen Hofkirche erwarten zu können glaubte, erschienen dagegen die gegenwärtig erlassenen Bestimmungen im Lichte einer mildereren und duldsameren Behandlung dieser religiösen Bewegung. Dies ist ohne Zweifel schon eine günstige Folge des in Preußen zur Feststellung gekommenen Prinzips des bedingten Gewährenlassens, das nun, wie ich schon neulich bemerkte, nach dem Vorgang Preußens in allen andern deutschen Bundesstaaten zur Norm bei dieser Sache erhoben werden soll. Das hannoversche Manifest gegen die Deutschkatholiken rückt aber darin zum Theil deutlicher mit der Sprache heraus, daß es die Unzulässigkeit einer Anerkennung deutschkatholischer Gemeinden als solcher ent-

schieden darauf stüßt, weil dieselben „kein hinlänglich positives christliches Glaubensbekenntnis“ hätten, und „auch zu keinem der allgemeinen (altkirchlichen) Symbole sich bekennen.“ Dies ist eine höchst merkwürdige und dankenswerthe Offenheit, mit welcher die Kabinettsordre des Königs von Hannover der Weiterentwicklung der deutschkatholischen Gemeinden vor der Hand ihre Grenzen gezogen, oder vielmehr das bestimmte Geleise angewiesen hat, in dem sie ihrer staatlichen Anerkennung entgegenzuschreiten haben. Der symbolische und dogmatische Protestantismus ist es also, welcher jetzt als die eigentliche Schranke der deutschkatholischen Bewegung zu betrachten ist, und von dem dieselbe ihre auf die Zukunft verwiesene Organisation abhängig zu machen hat. Mit diesem protestantischen Positivismus hat es die katholische Reform jetzt vorzugsweise zu thun, und es scheint uns für ihre fernere Entwicklung wichtig, daß sie sich dies nach allen Seiten hin zum Bewußtsein bringe, damit sie ihren Weg und ihren Kampf danach einrichten kann. Ihr richtiges Verhältnis in dieser Beziehung zu begreifen und abzumessen, wird fortan für die katholische Reform eine Aufgabe sein, woran Klugheit und Energie, Treue und Ehrlichkeit gegen sich selbst und gegen die Geschichte, gleichmäßig zu arbeiten haben werden. Es ist sehr klug von dem römischen Stuhl gewesen, daß er bis jetzt noch keine äußeren Gewaltmaßregeln in Bewegung gesetzt hat, um die Sache der „katholischen Separatisten“ in Deutschland zu hemmen, sondern daß er sie lediglich ihren unausbleiblichen Entwicklungen mit dem protestantischen Positivismus überlassen hat. Dabei ist es merkwürdig zu sehen, wie die dissidentische Partei in Berlin, unter geistlicher Leitung des Dr. Pribil, sich gerade auf diejenigen Punkte stützt, welche dazu beitragen können, ihr, um mit den Worten der hannoverschen Kabinettsordre zu reden, ein „hinlänglich positives christliches Glaubensbekenntnis“ zu geben, und sie in ein bestimmtes und befriedigendes Verhältnis zu den „allgemeinen (altkirchlichen) Symbolen“ zu bringen. Wir sind daher begierig zu erfahren, wie diese neue deutschkatholische Fraktion, welche in den nächsten Tagen hier ihren ersten Gottesdienst halten will, auf die staatliche Anerkennung zurückwirken wird. — Die entschiedene Ablehnung unserer Stadtverordneten-Versammlung, das Patronat der drei neuen Kirchen in der hiesigen Georgen-Pfarrkirche zu übernehmen, scheint auf einem Prinzip zu beruhen, das wir, in Erwägung der religiösen und kirchlichen Konflikte der Zeit, die dabei in Betracht kommen können, nicht ganz gerechtfertigt finden. Vielmehr sind wir der Meinung, daß ein städtisches Patronat bei Kirchengemeinden in vielen Fällen sehr vorteilhaft wirken und der Freiheit und Unabhängigkeit des religiösen Lebens günstigen Vorschub leisten kann, weshalb unsere Stadtverordneten-Versammlung sich solcher Gelegenheit, auf die Bewegungen der Zeit Einfluß zu gewinnen, nicht entziehen sollte.

× **Berlin, 10. Juni.** Gestern Abend fand im hiesigen Englischen Hause abermals eine General-Versammlung der Reformfreunde im Judenthume statt. Es waren gegen dreihundert Personen anwesend. Herr Dr. Stern führte abermals den Vorsitz. Zweck der Berathung war Annahme eines Regulativs für die Leitung und Verwaltung der betreffenden Angelegenheiten. Im Eingange heißt es: „Die Bevollmächtigten der Genossenschaft haben die Aufgabe, im Namen der Gesamtheit, theils als ihre Vertreter, selbstständig, theils nach eingeholter Zustimmung derselben, diejenigen Schritte zu thun, welche zur Verwirklichung der im Aufruf ausgesprochenen Wünsche und Bestrebungen führen sollen.“ Hiernach soll die gesammte Thätigkeit der Genossenschaft durch ihre Bevollmächtigten vornehmlich auf folgende Punkte gerichtet werden: 1) für die im Aufruf kundgegebenen Gesinnungen fernere Zustimmung der deutschen Glaubensgenossen zu gewinnen; den im Aufruf allgemein ausgesprochenen religiösen Überzeugungen eine bestimmte Gestalt zu geben, theils durch Einholung rabbinischer Gutachten, theils durch Beachtung der in den einzelnen Genossenschaften erfolgenden Erklärungen; 2) für die Befriedigung religiöser Bedürfnisse schon vor Berufung der Synode zu sorgen; 3) in Gemeinschaft mit andern Genossenschaften über die Zusammenberufung der Synode zu conferiren; 4) Maßregeln zu treffen, die nach den Beschlüssen der Synode erforderlich scheinen. Die Debatten wurden mit großem Eifer, mit Wärme und Ordnungsliebe geführt. Gegen 10 Uhr hatte man das Ganze aus 13 § bestehende Regulativ angenommen und konnte sich nun, wie der Vorstehende erklärte, als definitiv constituirt erachten. Derselbe erklärte zugleich, daß im Vorstande selbst jede Meinungsverschiedenheit über den vor Berufung der Synode zu errichtenden Gottesdienst in den Beschlüssen der General-Versammlung — die sich bekanntlich vor acht Tagen für die Frage entschied — als aufgegangen zu erachten sei, so daß auch in dieser Hinsicht kein Zwiespalt mehr zu befürchten stehe. Es scheint sich sonach Alles zu vereinigen, — dieser Reform einen glücklichen Fortgang zu sichern. — Wüthlicher steht es dagegen mit den Deutsch-Katholiken. Der protestirende Theil derselben ist keineswegs, wie es hieß, beschwichtigt worden. Vielmehr scheint ihr Anhang immer mehr zu wachsen, und bereits haben

sie ihre eigene Versammlung abgehalten. Es kann un'erers Bedünkens nicht frommen, sich darüber Illusionen zu machen, oder die Sache zu verschleiern. Sie muß vielmehr klar und bestimmt ausgesprochen werden, um dadurch, wenn möglich, zu neuer Verständigung zu kommen. Gelingt dies nicht, so kann der Fortgang der Reform und insbesondere die staatliche Anerkennung leicht bedeutend in den Hintergrund gedrängt werden. Kom würde dann, wenn auch langsam, doch um so sicherer sein verlorenes Terrain wieder zu gewinnen suchen. Möge man dies wohl beherzigen! Mehr wollen wir jetzt über die Sache nicht sagen, wiewohl sich viel darüber sagen ließe. — Die Verhandlungen der Kaufmannschaft über das Statut eines Börsenrichters-Gerichts sind nun geschlossen und man wird zunächst den Aeltesten das Statut mit der Anfrage vorlegen, ob sie gewillt sind es bei den Staats-Behörden zu bevorzugen.

× **Berlin, 10. Juni.** Das Gewitter, welches schon seit einigen Wochen über den hiesigen, dem Auslande angehörenden Schriftstellern zu schweben schien, beginnt sich zu entladen. Der Dr. Dronke, ein Süddeutscher, hat die polizeiliche Weisung erhalten, binnen acht Tagen Berlin und die preussischen Staaten zu verlassen. Diese Maßregel erregt ein großes Aufsehen, weil man nicht im Stande ist den Grund derselben zu erräthen. Andere Schriftsteller sind aufgefordert, sich über ihre Heimaths-Verhältnisse auszuweisen und es scheint also, als ob noch mehrere von gleichen Maßnahmen betroffen werden sollten. Darf ich offen sein? Dem aufrichtigen Freunde des Vaterlandes muß dergleichen wehe thun. Wohin soll es führen? Die Stimmung des südl. Deutschlands, Preußen gegenüber, ist keine allzu freundliche; unsere dortigen Segner werden jeden Anlaß benutzen, die gehässigen Angriffe zu formuliren, und wie läßt sich ein Argument, gleich dem vorliegenden ausbeuten! Andererseits ist es gewiß eine beklagenswerthe Verlehnung der gegenwärtigen Zustände, wollte man glauben, die Schriftsteller riefen eine oppositionelle Stimmung hervor. Höchstens plaudern sie aus, und besser ist es doch immer, ein Uebel, das im Körper steckt, komme heraus, damit es geheilt werde, als daß man seine Augen dagegen verschließt. Was würde man aber auch damit erreichen, wenn man sämtliche anwesende Schriftsteller, vom Größten bis zum Kleinsten austriebe? An die Stelle von zehn Verbanneten würden zwanzig neue treten, nur mit gereizter Stimmung. Doch gewiß ist unser ganzes Raisonnement überflüssig. Es läßt sich annehmen, daß die Weisheit des Gouvernements eine so unberechenbar folgenreiche Maßregel nicht ohne die reifste Ueberlegung und die rückichtsollste Ausführung zur Hand nehmen würde. Die Fama vergrößert immer. Aber doch haben wir uns in unserem Gewissen zu diesen Zeilen getrieben gefühlt, weil wir wünschen, daß man höhern Orts auf die Stimmung aufmerksam werde. Wir können uns das Zeugniß geben, unser Vaterland zu lieben und gern Hand in Hand mit der Obrigkeit für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu streiten.

* **Berlin, 10. Juni.** In einer der letzten Stadtverordneten-Sitzungen kam u. a. auch die Abschaffung der Stola-Gebühren zur Debatte, deren Erledigung aber aus mannigfachen Rücksichten auf eine gelegnere Zeit vertagt wurde. Bei dieser Gelegenheit wies ein Stadtverordneter nach, daß mancher hiesiger Küster durch jene Sporel-Gelder ein jährliches Einkommen von 3 bis 6000 Rthlr. erzielt. — Die Polizei-Behörde interessirt sich jetzt sehr angelegentlich für die Einführung von Omnibus, welche bekanntlich in Hamburg seit vielen Jahren die Straßen durchfahren. — Den bisherigen Kriminal-Direktor Herrn v. Brauchitsch zu Erfurt nennt man als künftigen Vice-Präsidenten des Ober-Landesgerichts zu Raumburg, welche Stelle durch die Berufung des Herrn v. Strampf zum Kammergericht erledigt worden ist. — In der heut ausgegebenen Nummer der Gesellsamml. für die königlich preussischen Staaten befindet sich die Allerhöchste Konzeptions- und Bestätigungs-Urkunde zur Anlage einer Eisenbahn von der Ruhr, der Stadt Steele gegenüber, nach Böhwinkel zum Anschluß an die Düsseldorf-Eberfelder Eisenbahn. Gedachte Bahn wird den Namen: „Prinz Wilhelm-Eisenbahn“ führen. Das von der Aktien-Gesellschaft zur Ausführung der Bahn berechnete Kapital beläuft sich auf 1,300,000 Rthlr. und zerfällt in 13000 auf den Inhaber lautende Aktien, jede im Betrage von 100 Rthlr. Die Einzahlungen auf die Aktien erfolgen in Raten von 10 pCt. in Berlin, Köln, Düsseldorf und zu Langenberg im Comtoir der Gesellschaft nach den deshalb von der Direktion zu erlassenden Bestimmungen. Das Domizil der Gesellschaft so wie der Sitz ihrer Verwaltung ist Bergisch-Langenberg.

** Die Meldung einer nahe bevorstehenden Verlobung des Kronprinzen von Württemberg mit einer erlauchten Prinzessin unsers Herrscherhauses ist, wie uns der betreffende Korrespondent anzeigt, eine voreilige gewesen.

* **Landshut a/W., 10. Juni.** So eben kommt mir Nr. 130 der Schlesischen Zeitung zur Hand, in

welcher ein dreigesterner Berliner Korrespondent die Wichtigkeit meiner von hier aus (vergl. Nr. 124 der Breslauer Zeitung) gegebenen Notizen über die Reise Sr. Majestät des Königs bezweifelt, „weil man am Hofe zu Berlin von der Zusammenkunft mit dem Kaiser von Rußland und von der Reise des Königs nach Kopenhagen nichts wisse.“ Obgleich das Dreigestern in einem Postscript die Reise nach Kopenhagen zugiebt, so erlaube ich mir, dasselbe meinerseits zu behaupten, indem sowohl sein Zweifel als sein Zugeständniß beweiset, daß er völlig ununterrichtet ist, und daß seine Notizen nicht aus dem Hofmarschall-Amte, sondern höchstens aus einem Laquaienzimmer herrühren können. Denn vor der Abreise des Königs nach Preußen war die Reise nach Kopenhagen bereits definitiv beschlossen, und es hatten völlig abgeschlossene Unterhandlungen zwischen dem Hofmarschall-Amte und dem General-Post-Amte stattgefunden, damit das Post-Dampfschiff „Elisabeth“ zu dieser Reise eingerichtet und benutzet werden könne. Noch mehr: Ihre Majestät die Königin wird am 17. d. M. nach Stettin reisen, um den König vor der an diesem Tage, und nicht am 20. oder 21. d. M. stattfindenden Abreise nach Kopenhagen zu sehen, und auch diese Reise war schon beschlossen, als der König Berlin verließ. Eben so stand schon am 28. v. M. unzweifelhaft fest, daß der König am 7. d. M. nicht allein in Schirwindt schlafen, sondern 24 Stunden verweilen werde, und wer die Bedeutung dieses Tages, die Unbedeutendheit des Dertzens Schirwindt, aber die Lage desselben kennt, wird nicht den geringsten Zweifel hegen, daß — irgend eine wichtige Veranlassung den König hart an der polnisch-russischen Grenze 24 Stunden verweilen mache. Ich hoffe übrigens, in einigen Tagen meine Nachricht vervollständigen zu können. — Am Sonntag wurde unsere Stadt von dem in Rußland vielvermögenden Hausminister, Fürsten von Wolhonski, berührt; Se. Durchlaucht begiebt sich mit seiner Familie nach Kissingen zum Gebrauch des Bades. — Der Geh. Rath Dr. Schönlein wird heute auf der Durchreise nach Königsberg in Pr. hier erwartet. In dessen hören wir über den Zustand unseres Großmeisters der Astronomie, Dr. Bessel zu Königsberg in Pr., ziemlich trostlose Nachrichten, und es ist sehr zu befürchten, daß die Wissenschaft in Kurzem in der Person dieses ausgezeichneten Mannes einen sehr empfindlichen Verlust zu beklagen haben wird. — Gestatten Sie mir, daß ich an diese Notizen eine kurze Betrachtung über die Thierschau und Gewerbe-Ausstellung knüpfe, welche am 24. v. M. hier stattgefunden hat, und welche ich um so weniger unerwähnt lassen darf, als derartige Bestrebungen niemals genügend gepriesen und ermuntert werden können. In der Provinz Brandenburg eignet sich wohl keine Gegend besser zur Zucht und Veredelung von Pferd und Rindvieh, als der Warthabuch. Die Regierung hat daher schon seit Jahren Ganz- und Halbbluthengste im Bruch stationiren lassen, und begünstigt die Einfuhr von Schweizer und Oldenburger Rindvieh. Auf Veranlassung der erwähnten Thierschau konnten wir uns nun überzeugen, wie günstig diese Maßregeln auf Veredelung der Zucht eingewirkt haben. Es waren durch die Züchter — größtentheils Bauern und Kolonisten — vorzügliche Zugpferde, Kühe, Schafböcke und Schweine ausgestellt, und an diejenigen Züchter, welche das vorzüglichste Vieh ausgestellt hatten, wurde unter dem Jubel von mindestens 5000 Zuschauern Prämien vertheilt. Die erforderlichen Geldmittel zu den Prämien und dem sonstigen geschmackvollen und zweckmäßigen Arrangement waren durch freiwillige Beiträge zusammengebracht worden. Die Gewerbe-Ausstellung entsprach zwar weniger den gehegten Erwartungen; inessen ist immerhin die Bahn gebrochen, und es läßt sich mit Rücksicht auf die Lotterie, zu welcher über 2000 Loose abgesetzt waren, auch diesem Unternehmen für die Zukunft ein günstiges Prognostikon stellen. Bei dieser Lotterie, die in einer Sitzung angefangen und durch Vertheilung der Gewinne beendigt wurde, fehlte es denn auch nicht an ergötzlichen Szenen. So gewann ein Mädchen ein hübsches, bereits zugerittenes Pferd und ein Bruch-Kolonist einen Großvaterstuhl à ressort, auf welchem er sofort mit seiner ganzen Sippschaft triumphirend Probe saß und von dem er sich ansehnlicher Gebote ungeachtet nicht trennen wollte.

* **Posen, 10. Juni.** Der Kunsthandler, dem kürzlich wegen Ausstellung einer religiösen Karikatur der Laden bedroht wurde, ist wirklich in 50 Thaler Strafe genommen, weil er dieselbe nicht zuvor der Censur vorgelegt hatte; man sagt jedoch, daß er gegen das Strafesolus den Rekurs ergriffen habe. Gegen den Anstifter des Auslaufs, Rfm. S., soll dagegen vom hiesigen Inquisitoriat die Kriminaluntersuchung eingeleitet worden sein. — Unserer polnischen und deutschen Zeitung steht vom 1. Juli ab nicht nur eine vortheilhafte Veränderung in der Form, sondern auch in ihrem Gehalt bevor, indem vom Herausgeber derselben für beide sowohl hier wie auswärts mehrere neue Mitarbeiter und Berichterstatter gewonnen worden sind, um mehr eigene leitende Artikel und Original-Korrespondenzen bringen zu können als bisher. — Für die projektierte neue polnische Zeitung beabsichtigte man einen Redak-

betagten katholischen Geistlichen ausgehend, bezeichnet werden könne.“ — Nach gerichtlicher Untersuchung hat sich folgendes Ergebnis herausgestellt: „Jener Brief an die Mannh. Abendzeitung nämlich, war als nicht frankirt an dem Schaufenster ausgestellt worden, wo er beinahe zwei Monate verblieb, als eines Tags der Inquisit, ins Postbureau trat, und sich als den Briefsteller ausgebend, dessen Aushändigung in trotzigem Tone beehrte, die ein unvorsichtiger Postbeamter ihm gewährte, ohne die für einen solchen Fall vorgeschriebenen Formlichkeiten zu beobachten. Im Besitze dieses Briefes gedachte Gregoir nunmehr sich eine Waffe gegen seine religiösen Widersacher daraus zu schmieden, indem er, wie ich schon gesagt, es versuchte, sie an den Pranger zu stellen; und vielleicht auch hoffte er dadurch bei seinem Patronat einen neuen Stein im Brett zu gewinnen; denn er ermangelte nicht, nach Trier zu Herrn Bischof Arnoldi zu reisen, und schickte sich an, um wie er bemerkte, Sr. bischöfl. Gnaden zu entdecken, was für Geistliche er in seinem Sprengel hätte, diesem ein in Briefform gefaltetes Papier vorzulesen, das eben nichts anderes war, als der in Luxemburg entworfene Brief an die Mannh. Abendztg. Allein des Glückes Wechsellampe wollte es, daß was sein Triumph sein sollte, zur bitteren Demüthigung für ihn ward; denn der Prellerei beschuldigt, wird er, sobald die Untersuchung beendet ist, vor den Schranken des hiesigen Zuchtpolizeigerichtes zu erscheinen haben, um sich von der Anklage dieses Vergehens zu reinigen. Dazu scheint er jedoch wenig Lust zu haben, denn er ist seit einem Monat auf flüchtigem Fuß.“

(Eberstb. 3.)

Aus dem südlichen Holstein, 5. Juni. Folgender Vorfall liefert ein zu charakteristisches Bild unseres politischen Lebens und der noch immer großen Unbefangenheit und natürlichen Einfachheit mancher Zustände, als daß es nicht der Wahrheit getreu ausführlich mitgetheilt zu werden verdiente. Man wußte in Kiel, daß am 26ten Mai Abends 6. Durchl. der Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg, der Mann, welcher nach dem Staatsrecht der Herzogthümer im Fall der jetzige Kronprinz ohne männlichen Erben sterben sollte, als nächster Agnat zur Erbfolge in Schleswig-Holstein berufen ist, im Theater erscheinen würde; zur Feier des hohen Besuchs war das „Herrenmännchenmal im Teutoburger Walde“ angezeigt. Ein hier lebender, sich für öffentliche Verhältnisse interessirender, viel mit den Studenten verkehrender hessischer Edelmann hatte, wie verlautete, sich mit mehreren Studenten vereint, daß man an diesem Abende die vom bekannten Quirin Müller vielfach in den Städten der Herzogthümer unter großem Jubel der Zuschauer ausgeführte, Schleswig-Holstein vortellende Gruppe verlangen wolle, und es war kein Zweifel, daß das ganze Publikum diesen Ruf unterstützen und in das Lied „Schleswig-Holstein stammverwandt“ einstimmen werde. Sr. Durchl. der in Kiel residirende Herzog von Glücksburg, der Gemahl Ihrer Kgl. Hoh. der geschiedenen Gemahlin des jetzigen Kronprinzen und Tochter des hochseligen Königs Friedrich VI., einer sonst sehr wohlmeinenden, aber sich als Dänin fühlenden Dame, ersuchte den Justizrath Witrab, Polizeimeister von Kiel, doch die Vorstellung der Quirin Müllerschen Gruppe zu untersagen. Der Polizeimeister ließ Quirin Müller kommen, und da er gegen den Eclat eines Verbots meiden wollte, ließ er von Müller versprechen, derselbe solle dem nach jener Gruppe verlangenden Publikum erklären, die Darstellung sei nicht vorbereitet und würde erst nach einer Stunde hergestellt sein können. Am Abend war das Theater gedrängt voll; nicht nur der Herzog von Augustenburg mit Familie, sondern auch der Herzog von Holstein-Glücksburg befanden sich in den Logen, doch verließ der Letztere das Theater, als das Herrmanns-Denkmal, umgeben von Schleswig-Holsteins Farben, vom Publikum mit Beifall begrüßt wurde. Wie erwartet, ertönt nun aus dem Parterre und Logen immer lauter und donnernder der Ruf nach der Müllerschen Gruppe. Wie verabredet, erscheint Quirin, entschuldigt sich und sagt, es würde eine Stunde dauern, ehe die Darstellung zu beschaffen. Aber das Publikum erklärt, es habe Zeit und wolle warten, aber die Gruppe müsse erscheinen. Das geschah denn auch, und weil Zögerung doch nicht geholfen hätte, sehr bald. Jetzt allgemeiner Jubelruf und alsbald vom Parterre, Logen und Gallerie Anstimmung des Liedes, „Schleswig-Holstein stammverwandt.“ Alles singt, selbst die kleinen Prinzen in der herzoglichen Loge singen. Nach dem Theater war der Herzog von Augustenburg und mehrere Kieler beim Herzoge von Glücksburg. Halb grollend, halb scherzend wendet sich dieser zu Herrn v. d. M., dem oben erwähnten für den Anstifter des Ganzen geltenden Herrn, und sagt: „Aber was haben Sie da nun wieder angerichtet, Herr v. d. M.! man muß sich noch in seine vier Pfähle einschließen, soll man nicht allenthalben dieses „Schleswig-Holstein“

stammverwandt“ hören.“ Da ertönt plötzlich unter dem Fenster vielstimmig der Gesang: „Schleswig-Holstein stammverwandt.“ die Liedertafeln bringen dem Herzog von Augustenburg eine Serenade: „Nein, es ist zu arg!“ corrigirt sich lachend der Herzog von Glücksburg, „auch in seinem eigenen Hause hat man keine Ruhe.“ Am andern Tage reist der Herzog von Augustenburg, beiläufig gesagt, bekanntlich der Schwager des regierenden Königs und nicht in Gefahr, in eine Untersuchung verwickelt zu werden, von Kiel ab. Das ist der unglückliche Hergang einer Sache, die in Kopenhagen großen Lärm machen wird und wegen derer ein kläglicher Haß von öffentlichem Blatt über „Mangel an Takt“ jammert.

(Alt. Merk.)

D e s t e r r e i c h.

* Wien, 8. Juni. Nachdem die Arbeiten auf der über Olmütz führenden Eisenbahn nach Prag so weit fortgeschritten sind, daß die Eröffnung derselben bereits unabänderlich auf den 15. August festgesetzt ist, so hat sich im Laufe dieser Woche der Chef der Staats-Eisenbahnen, Baron Rübck, über Olmütz nach Prag begeben, um die ganze Strecke zu besichtigen. Gleichzeitig wird in Olmütz wegen Anschluß an die preussisch-schlesischen Bahnen nach Breslau das Weitere mit den betreffenden Behörden und Gesellschaften erörtert und verhandelt werden. Da Sr. Maj. der Kaiser der Eröffnung dieser Bahn nicht persönlich beiwohnen wird, so heißt es, daß Sr. K. H. der Erzherzog Franz Carl dabei als Stellvertreter Sr. Maj. erscheinen dürfte. — Wir haben der wohlgemeinten Wiener Korrespondenz in der Allg. Preuß. Ztg. in Betreff der Censurbeschwerden der Literaten stets das Wort geredet, allein auch immer die Ansicht ausgesprochen, daß die darin ausgesagten Bitten und Vorstellungen nicht in dem Grade erfüllt werden dürften, als die liberale Fraktion unserer Bureaucraten zu erwarten schien. Unsere Ansicht ist vollkommen gerechtfertigt. An den bestehenden Censur-Verhältnissen, welche indessen seit einigen Jahren bedeutend gemildert wurden, ist nichts verändert, nur ist eine größere Beschleunigung der unterlegten Originalien, welche zum Druck vorgelegt werden, angeordnet worden. Eine gänzliche Reform ist unter den jetzigen Umständen noch nicht zu erwarten. — Der neue Polizei-Direktor der Residenz, v. Muth, hat sein Amt angetreten und sein Vorgänger, der Hofrath v. Amberg, ist zur Polizeihofstelle übergetreten. Letzterer nimmt die allgemeinste Achtung der Bewohner der Residenz mit sich. Während seiner langjährigen Amtshandlung hat er sich die allgemeine Anerkennung seiner Untergebenen und des Publikums erworben. Keine Gewaltthat fand unter ihm statt, und es läßt sich wohl von ihm sagen, daß er zu denen gehört, von welchen eine Zumuthung zu einer solchen auch nicht zu erzwingen gewesen wäre. — Dem Vernehmen nach hat die Studien-Hof-Kommission die Anordnung beschlossen, daß bei Besetzung von Stellen bei Erziehungs-Anstalten von nun an auch Jesuiten als Lehrer zugelassen werden sollen, und daß in diesem Falle keine weitere Prüfung ihrer Fähigkeiten nöthig ist, wofür sie sich mit tüchtigen Zeugnissen ihrer Obern ausweisen. Somit ist diesen Vätern der Zutritt in allen Kollegien wieder eröffnet, allein sie dürften bei der Concurrenz der andern Pädagogen schwerlich (?) ihre frühere Stellung sobald wieder einnehmen.

G r o ß b r i t a n i e n.

London, 6. Juni. In der vorgestrigen Sitzung des Oberhauses nahm Graf Clancarty die Debatte über die Maynooth-Bill wieder auf und gerieth im Verlauf seiner Rede in solche Heftigkeit, daß der Herzog v. Wellington ihn zur Ordnung rufen mußte. Der Graf Spencer nahm sich der Bill kräftig an. Er sagte unter Anderm: „Die Regierung dieses Landes versuchte anfangs die Katholiken zu vertilgen, es gelang ihr nicht; sodann erließ man Strafgesetze, die eine Schande für die Menschheit waren (hört, hört); diese Gesetze wurden dann milder gemacht, erst später ertheilte die Regierung den Katholiken einige Rechte, und mittelst ihrer Unterstützung allein gelang es, die Union durchzusetzen. Dies geschah unter dem, wenn auch stillschweigenden, Versprechen, daß den Katholiken Emancipation zu Theil werden sollte. Dieses Versprechen ward nicht gehalten, und als nach 29jährigem Kampfe die Emancipation bewilligt wurde, geschah es nicht als eine Sache des Rechts, sondern nur der Zweckmäßigkeit (hört). Das ist die wirkliche Sachlage und ihr, nicht den Lehren die in Maynooth gelehrt werden, ist die Unzuständigkeit in Irland zuzuschreiben. Ich bin für eine Staatskirche, und wünsche daher, daß die katholische Kirche in Irland mit dem Staat in Verbindung trete. (Hört.) So lange die protestantische Kirche in Irland in ihrer gegenwärtigen Stellung bleibt, wird jenes Land nicht zur Ruhe kommen. So war es in Schottland und man gab was das Volk in dieser Beziehung verlangt hatte. (Hört.) Die vorliegende Maßregel daher als Vorkäuser von ähnlichen betrachtend, unterstütze ich sie auf das eifrigste.“ (Hört.) (Der Red-

ner ist der ehemalige Lord Althorp, Schatzkanzler unter dem Reformministerium Lord Melbourne's und Bruder des zur katholischen Religion übergetretenen Priesters Spencer, der im In- wie im Auslande für seine neue Religion so thätig gewesen ist.) Nachdem noch viele Redner, namentlich Bischöfe, gesprochen hatten, hielt Lord Stanley, der Colonialminister, die Schlußrede, worauf über das Amendement wegen Verwerfung der Bill abgestimmt wurde. Dasselbe wird mit einer Majorität von 96 Stimmen zurückgewiesen, und die 2. Lesung fand hierauf mit einer Majorität von 157 statt.

Der heutige Globe erwähnt, daß die preussische Regierung Vorkehrungen treffe zur Verbesserung der Tuchbereitung und Vermehrung des Absatzes dieses Fabrikats. Eine ganze Schiffsladung davon solle ehestens nach China abgehen. — Die Handelsberichte aus Manchester lauten im Ganzen sehr günstig. Fast alle dortigen Hauptartikel der Fabrikation sind in letzter Zeit stark begehrt und sehr viele bedeutende Geschäfte gemacht worden; nach Deutschland waren dieselben jedoch geringer als gewöhnlich.

F r a n k r e i c h.

** Paris, 6. Juni. Die Nachrichten aus Bizy melden ausführlich, wie festlich der König und die königliche Familie dort und auf der Reise empfangen worden sein, einen eben so freundlichen Empfang des Herzogs und der Herzogin von Nemours in Buckingham-Palast berichten die englischen Zeitungen. Der Marschall Bugeaud soll entschlossen sein, seine Deputirtenstelle in Ercledeuil aufzugeben, weil ihm das Andringen seiner Comittenten, ihnen Anstellungen zu verschaffen, gar zu lästig werde; nach andern Mittheilungen aber will ihm eine Wahl in ein Pariser Wahlkollegium angeboten worden sein soll. Uebrigens darf man wohl erwarten, daß ihn in Kurzem eine Patresernennung aus seiner Verlegenheit befreien werde. In Marseille ist ein egyptisches Dampfboot, der Nil, mit einem Sohn des Pascha und nochmals 23 jungen-Egyptern angekommen, die ebenfalls hier ihre Erziehung erhalten sollen. Außer dem Sohn des Paschas führen die jungen Leute den Titel Bey (Fürst). Schosrow und Gaetano, jener Sekretär und dieser Leibarzt Mehmed Ali's und beide auch mit dem Fürstentitel begabt, begleiten die Reisenden. Herr D. Barrot ist gestern plötzlich sehr bedenklich erkrankt, doch hofft man ihn zu retten. Die Nachrichten aus Spanien melden, daß die Königin nach kurzem Aufenthalt in Valencia ihre Reise nach Barcelona anzutreten gedachte; in Madrid dauerte die Aufregung noch fort und eben so die Strenge gegen die Zeitungen. Am 31sten Morgens war auch der Clamor publico abermals eingezogen worden.

B e l g i e n.

Brüssel, 4. Juni. Man las in der Brüsseler Independance: „Wir haben bereits zur Zeit die Ankunft und das Verbleiben des ausgezeichneten Publicisten Hr. v. Bornstedt unter uns gemeldet. Jetzt erfahren wir durch deutsche Blätter, es sei demselben im vorigen Monat eine Aufforderung der hiesigen Ober-Polizei-Behörde zugekommen, welcher zufolge Herr von Bornstedt gebeten wurde, eine schriftliche Erklärung zu liefern, sich während seines Aufenthalts in Belgien nicht mit Politik zu befassen.“ Obgleich diese Eröffnung von unserer belgischen Behörde mit aller Höflichkeit und mit allen Rücksichten, so wie sie sich einem Manne wie Hr. v. Bornstedt gegenüber ziemem, gemacht worden, so verweigerte derselbe doch, im Namen seiner geistigen und persönlichen Freiheit, sich einer solchen Beschränkung und ihrem Inhalte nach ganz zu unterwerfen. Herr v. Bornstedt hat vollkommen recht gehandelt, es mit seiner Würde als Mann und Publicist unverträglich zu finden, ein solch Versprechen zu liefern, und es würde unerhört sein, wenn unsere belgischen Behörden einen Schriftsteller, der sich unserm Interesse stets günstig gezeigt und bereits 1836, so wie noch kürzlich dessen Neutralität vertheidigt, in seinem Aufenthalte unter uns belästigen und wie in Paris zum Opfer neuer Verfolgungen machen wollte. Es wäre in der That unbegreiflich und der belgischen Gastfreundschaft unwürdig, wenn ein Mann wie Hr. v. Bornstedt nicht hier einen zuvorkommenden Empfang unter uns erhalten sollte. Die meisten Nachrichten aus Belgien melden, wie die belgischen Behörden, nach der sehr bestimmten Weigerung des Herrn v. Bornstedt, irgend ein schriftliches noch mündliches Versprechen abgeben zu wollen, demselben auch in seiner Anstiedelung in Brüssel kein Hinderniß in den Weg geleitet haben. Hr. v. Bornstedt hat sich in der rue de la Botanique ein kleines Haus gemiethet und freundlich einrichten lassen. (Spencer 3.)

Mit einer Beilage.

